

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitik im Ausland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Konjunkturpolitik im Ausland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 6, pp. 303-309

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132290>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ursprüngliche Kopie: S.

✓ Konjunkturpolitik im Ausland

Ein Gespräch unserer Auslandskorrespondenten über die Erfolgsaussichten konjunkturpolitischer Maßnahmen

SCHWEIZ: Parallele zur deutschen Wirtschaftslage

Zürich, 14. Juni
Die Schweizer Wirtschaftslage entspricht weitgehend der Lage in Deutschland. Hier wie dort ist man um eine Dämpfung der „überhitzten“ Konjunktur bemüht und bedient sich dafür analoger Methoden. Die Wirtschaft kämpft mit einigem Erfolg um Steuersenkungen, und ihre Wortführer verfechten die Ansicht, daß eine Milderung der Progression das Investitionsfieber senken würde. Nach der öffentlichen Hand hat jetzt auch das Bank- und Versicherungsgewerbe Gelder bei der Nationalbank stillgelegt. Das bisher wirksamste Mittel zur Kapitalabschöpfung war und ist — und das ist anders als bei uns in Deutschland — die Anleihepolitik, die wenigstens bei der Emission von Auslandsanleihen vorübergehend Luft schafft. Auf eine Diskonterhöhung aber hat die Nationalbank verzichtet, weil sie sich davon nur einen psychologischen, also vorübergehenden Erfolg verspricht.

Auseinandersetzungen sind weniger dramatisch

Ein grundlegender Unterschied besteht freilich zwischen Deutschland und der Schweiz. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Wirtschaft und Regierung gehen in einem gemäßigteren Klima vonstatten als bei uns. Als der Leiter des eidgenössischen Finanzressorts, Bundesrat Streuli, vor einer Versammlung von Bank- und Industriekapitänen in Zürich sein Programm entwickelte, meldete sich nicht einer von ihnen bei der Diskussion zu Wort, obwohl nach allgemeiner An-

sicht kritische Vorbehalte angebracht waren. Auch die Presse verzichtete überwiegend darauf.

Als weiteren Unterschied kann man die Größenordnungen hüben und drüben bezeichnen. Die Gefahr der Überhitzung im Bausektor, der zunehmende Bedarf an Fremdarbeitern nicht nur in der Bauindustrie, sondern auch in der mechanischen Industrie wird nicht so dramatisiert wie die entsprechende Entwicklung in Deutschland. Die Investitionstätigkeit großer und mittlerer Industrieunternehmen und der Versicherungsgesellschaften im Ausland ist schon so groß, daß sie als eine Art Risikosicherung gegenüber Rückschlägen in der Heimat gelten kann.

Man fürchtet eine Regression in Deutschland

Spricht man mit Schweizern, die die Vorgänge in Deutschland verfolgen, so hört man heute bald Stimmen der Schadenfreude oder der Befriedigung darüber, daß die deutsche Konkurrenz hier in der Schweiz oder im Ausland nun vielleicht doch an Wucht verlieren wird, bald auch Stimmen ernstlicher Sorge, so etwa bei den Industriellen und Händlern, die mit ihren deutschen Lieferanten und Kunden glänzende Erfahrungen gemacht haben, bei der Hotellerie oder bei den Bankiers und Direktoren von Versicherungsgesellschaften, für die der deutsche Markt in den vergangenen Jahren immer ergiebiger geworden ist. Es gibt Schweizer, die für den Weiterbestand des „deutschen Wirtschaftswunders“ oder, korrekter ausgedrückt, unserer „Wirtschaft ohne

Wunder“ fürchten. Am deutlichsten kommt das bei der zunehmenden Zahl von Bankdirektoren zum Ausdruck, die ihrer Kundschaft von neuen Engagements an der deutschen Börse abraten. Kein Zweifel aber kann darüber bestehen, daß die Schweizer Wirtschaft insgesamt — trotz aller deutschen Konkurrenz — von einer Regression in Deutschland aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen würde

„Die deutsche Sucht: Alles grundsätzlich behandeln“

Was den Schweizern an uns Deutschen mißfällt, ist einmal unser unentwegter Dynamismus, dieser Konkurrenzkampf, der auch über Leichen geht. (Ein Beispiel aus jüngster Zeit bietet die hiesige Radioindustrie, die der deutschen Konkurrenz fast ganz erlegen ist.) Dem Schweizer erscheint es befremdlich, wie in Deutschland jeder seinen Standpunkt mit solcher Lautstärke vertritt, daß eine sachliche Diskussion zwischen den verschiedenen und zu vielen Ressorts in Bonn, zwischen ihnen und der BdL oder mit den Interessenverbänden fast unmöglich gemacht wird. Die Rede Adenauers vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie hat ein solches Aufsehen erregt, daß selbst in der soliden Schweizer Presse die konstruktiven Gedanken aus der Rede des Präsidenten Berg keinen Widerhall fanden. Mit Recht können die Schweizer behaupten, daß derartige Streitereien, an denen es hier gewiß nicht fehlt, bei ihnen ohne einen derartigen Krach ausgetragen werden.

Es liegt das nicht nur an dem Mangel an Selbstbeherrschung, wie er in Bonner Kreisen oft spürbar

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

ist, sondern nach Ansicht der Schweizer an der deutschen Sucht, alles grundsätzlich zu behandeln, statt von vornherein auf ein vernünftiges Kompromiß hinzuarbeiten. Anders als der Deutsche ist der Schweizer Pragmatiker, und er beurteilt daher einen Mann wie Minister Erhard weniger nach seinen Prinzipien als nach seinen Erfolgen. Die Forderung nach Zollsenkungen erscheint vielen Schweizern der Nachahmung wert. Warum es aber gerade 30% sein sollen und warum ein solcher Eingriff so radikal sein muß und jeder Differenzierung entzogen werden soll, das will ihnen nicht in den Kopf.

Ähnlich lautet ihr Urteil über die Stilllegung der Gelder im Julius-turm, die überhöhten Steuereinnahmen, die übermäßige Verschuldung der deutschen Industrie, die drohende Gefahr der Inflation. Hier sprechen sie aus eigener Erfahrung. Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß Geldumlauf und Konsumentenbegehrlichkeit nicht dadurch eingedämmt werden, daß der Staat den Steuerzahler übermäßig schröpft; denn in unserem demokratischen System bemächtigt sich die Volksvertretung dieser Überschüsse und pumpt sie wieder in den Verkehr. Auch in der Schweiz werden Kapitalinvestitionen und Sozialspenden von der Industrie zugegebenermaßen vorgenommen, um Steuern zu sparen. Darum plädieren Industrie und Gewerbe zur Konjunkturdämpfung für eine Milderung der Progression in den direkten Steu-

konjunktur, steigenden Einnahmen und Arbeitermangel Preissteigerungen und Inflation theoretisch einwandfrei verhindern kann.

Mit Radikalkuren ist nichts zu erreichen

In der Schweiz hat man im Unterschied zu Deutschland immer Zeit und bestreitet die Richtigkeit der These, daß sich mit Radikalkuren Preise stabilisieren, Konjunkturausschläge marktkonform dämpfen lassen. Im Gegenteil, marktkonform erscheint dem Schweizer ein behutsames Handeln nach sorgfältig vorbereiteter Ausbalancierung der widerstrebenden Interessen. Ein Beispiel: Seit zehn Jahren bemüht man sich in der Schweiz um eine Finanzreform, die die Kompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sauber gegeneinander abgrenzen soll und das Steuersystem dem Bürger wieder verständlich macht. Drei Anläufe sind mißlun-

gen. Man vertraut darauf, daß sich ein gesundes, vernünftiges Kompromiß doch noch finden läßt, zu dem wenn nicht jeder, so doch die Mehrheit im Volk ja sagen kann. Die Schweiz hat es besser als wir oder die Amerikaner: Wahljahre vermögen den Stimmbürger nicht zu erregen. Alles geht seinen ruhigen, geregelten Gang.

Man versteht also: Das hektische Treiben in Deutschland, nicht die Probleme als solche erschrecken den Schweizer Beobachter. Waren wir dynamisch genug, um in erstaunlich kurzer Zeit unsere Wirtschaft hochzuwuchten, so traut man unserem Dynamismus auch zu — dies auf Grund früherer Erfahrung —, daß wir den Überblick über das Ganze verlieren, uns in unfruchtbaren Händeln aufzehren und schließlich einen bösen Schlußstrich unter die „Wirtschaft ohne Wunder“ setzen. (el)

FRANKREICH: Trotz Überkonjunktur expansive Tendenzen

Paris, 12. Juni

Die Verhältnisse, die man neuerdings als Überkonjunktur zu bezeichnen pflegt, sind in Frankreich ebenso zu beobachten wie in Deutschland: gewisse Rohstoff- und Energieengpässe, Anspannung des Arbeitsmarktes, verlängerte Lieferfristen wegen erhöhter Nachfrage bei restloser Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten, und natürlich auch inflationistischer Druck auf die Preise. Zwischen der deutschen und der französischen Konjunktur bestehen aber zwei wesentliche Unterschiede. Während die deutsche Investitionsrate sehr hoch liegt und eine Abbremsung offiziell erwogen werden kann, muß die französische, besonders was die Masse der Klein- und Mittelbetriebe betrifft, als ungenügend bezeichnet werden, so daß man in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland trotz gleichlaufender Konjunkturtendenzen den Kredit unverändert erleichtert. Ferner zeichnet sich der französische Kapitalmarkt im Gegensatz zum deutschen durch dauerhafte und außergewöhnliche Flüssigkeit aus, bedingt durch die Abneigung der Wirtschaft, ihre finanzielle Last zugunsten der Investitionen über

Aufnahme von Krediten oder Kapitalerhöhungen zu steigern, und weiter bedingt durch starke Rückflüsse aus den überseeischen Gebieten sowie durch eine langfristig laufende Goldenthörung. Aber auch unabhängig von diesen beiden grundlegenden Unterschieden geht die französische Konjunkturbeeinflussung seit langem andere Wege als die deutsche, weil in Frankreich eine Reihe von Maßnahmen, die in Deutschland schon als bedenklich dirigistisch angesehen werden, ohne weiteres als mit einer liberalen Wirtschaftsführung vereinbar gelten.

Kreditselktion

Ein sehr wichtiges Werkzeug der französischen Konjunkturpolitik war stets die Kreditkontrolle. Ihr System wurde im Laufe der Jahre im antidirigistischen Sinne gelockert. So erfreut sich der private Kapitalmarkt jetzt fast uningeschränkter Freiheit für Neuemissionen. Es verbleibt aber ein keineswegs wirkungsloses Gerippe, das im Ernstfall sowohl von der Bank von Frankreich wie von der Regierung ausgenutzt werden kann. Der Nationale Kreditrat ist in der Lage, den Banken Anweisungen zu geben, wie weit sie in der Kredit-



Wo fehlt eine?
Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten, Anzahlung schon ab 4,- Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unseren großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr 573 E
NOTHEL-CO. Göttingen

ern. Dabei steht die Industrie viel günstiger da als in Deutschland, weil sie seit dem Krieg überhaupt keine Fremdgelder mehr hat aufnehmen müssen.

Das Ungleichgewicht, wie es in Deutschland zu so spektakulären Eingriffen etwa im Diskont geführt hat, besteht auch in der Schweiz. Kein Nationalökonom hat uns aber bisher gelehrt, wie man bei Hoch-

ausweitung gehen dürfen, und sie gleichzeitig mehr oder weniger offiziell zu ersuchen, für bestimmte Zwecke, die der Lage des Augenblicks nicht entsprechen, die Kreditschraube anzuziehen. Weitere Einwirkungsmöglichkeiten besitzt die Bank von Frankreich über ihre Rediskontpolitik. Sie hat immer die Möglichkeit, ihre Diskontierungen aus dem einen oder anderen Grunde und völlig individuell einzuschränken. Wenn in den letzten zwei Jahren der mittelfristige Kredit, der in Frankreich lange vernachlässigt wurde, besonders zugunsten des Wohnungsbaus erheblichen Umfang erreichte, so ging dies auf einen gemeinsamen Beschluß der Bank von Frankreich und der Regierung zurück. Frankreich verläßt sich in seiner Konjunkturpolitik jedenfalls viel stärker auf die Kreditkontrolle als auf den Diskontsatz, der bei seinem wenig zinsempfindlichen Kapitalmarkt und den bereits sehr hohen Kosten des Geldes weder industrielle Investitionen noch das Abzahlungsgeschäft ernstlich belastet. Auch die Ratenzahlungen wurden in den letzten zwei Jahren im Interesse der Umsatzbelebung über den Rediskont ganz offensichtlich gefördert. Es würde genügen, diesen Hahn wieder zu schließen, um Kreditverkäufe ganz erheblich zu drosseln. Ihre Finanzierung liegt in Händen weniger Kreditgesellschaften, die ihrerseits von den Großbanken und der Notenbank abhängen. Die Konjunkturbeobachter hielten allerdings bis jetzt eine Drosselung für unnötig, da die entsprechenden Konsumgüter vorläufig in ausreichendem Maße auf den Markt gebracht werden.

Indexgrenze und Preisblockierung

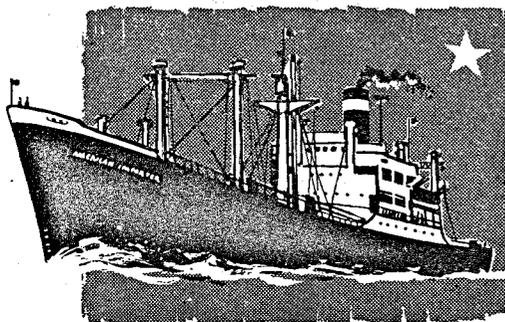
Die unmittelbare und ständige Hauptsorge der französischen Wirtschaftspolitik betrifft die Preise. Da ein Gesetz über die gleitende Lohnskala die automatische Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes bei Überschreitung eines bestimmten Punktes des Lebenshaltungskostenindex vorsieht, ist man im kritischen Augenblick sehr darum bemüht, diesen Index unbedingt zu halten. Es gibt in Frankreich zwar keine Preiskontrolle im eigentlichen Sinne mehr; jedoch sind sämtliche Preise grundsätzlich auf dem im Februar 1955 erreichten Höchststand blockiert, mit Ausnahme der Erzeugnisse, die saisonalen Schwankungen unterliegen. Diese Blockierung wird sehr lose gehandhabt, in kritischen Augenblicken überwacht man jedoch genau die die Lebenshaltungskosten unmittelbar beeinflussenden Preise. Einige aufwärts gerichtete Tendenzen lassen sich allerdings beim besten Willen nicht vermeiden. Die Miete wird regelmäßig teurer, die Lebensmittel entziehen sich schon mit Rücksicht auf die Landwirtschaft der Kontrolle. In den letzten Monaten, besonders Ende Mai, drohte ernstlich eine Überschreitung der fatalen Indexgrenze, wobei die Folgen des kalten Winters entsprechend ins Gewicht fielen. Neben einer Erleichterung der Einfuhren, die sehr konkret in den Einfuhrstatistiken ihren Ausdruck fand und zweifellos die Verknappung einer Reihe wichtiger Waren verhinderte, griff die Regierung vorübergehend zu ausgleichenden Steuerermäßigungen. Die indirekte Produktionssteuer erreicht in Frankreich bekanntlich bis zu 25% des Einzelhandelspreises.

Bei verhältnismäßig geringen Mindereinnahmen der Staatskasse läßt sich auf diese Weise der Preisindex ziemlich gut steuern, mit dem Ergebnis, daß er auch im Mai, trotz ungünstiger Verhältnisse, in den erforderlichen Schranken gehalten werden konnte. Allerdings vermag diese Regierungskur chronische Leiden nicht zu heilen. Entweder gelingt es, bis spätestens zum Herbst das französische Preisgefüge wieder in normale Bahnen zu lenken, oder die Indexgrenze wird unweigerlich gesprengt. Die von der Regierung angewandte Methode stellt lediglich eine kurzfristige Konjunkturbeeinflussung dar.

Lohn- und Steuerpolitik

Löhne werden in Frankreich seit einiger Zeit weitgehend außerhalb der staatlichen Einflußsphäre festgesetzt. Die Regierung vermag lediglich noch indirekt zu bremsen, durch Einwirkungen auf Unternehmer und Gewerkschaften. Außerdem entscheidet sie über die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes, der jedoch im Zuge der gewollten Ausdehnung der Tarifverträge stark an Bedeutung verloren hat. Auch mit Steuern läßt sich in Frankreich nicht viel erreichen, denn die Steuerlast liegt bereits an der oberen Grenze, so daß nur noch sehr bescheidene steuerliche Kaufkraftabschöpfungsversuche vorstellbar sind. Viel stärker arbeitete man in jüngster Vergangenheit mit Steuerbefreiungen zur Belebung der Investitionen, des landwirtschaftlichen Düngemittelverbrauchs usw.

Die französische Konjunkturphilosophie besitzt trotz der Überkonjunktur unverändert eine stark expansionistische Grundtendenz. So



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS

WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HAFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,

JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 215 61
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

gut wie alle Wirtschaftsbeobachter sind sich einig in der Überzeugung, daß eine Überwindung der Schwierigkeiten nur von einer weiteren Ausdehnung der Produktion zu erwarten sei, wobei es als vordringliche Aufgabe der Regierung gilt, alles zu unterlassen, was diese Expansion hemmen könnte, und alles zu unternehmen, um die vorhandenen Engpässe zu beseitigen. Man ist so zu einer kräftigen Belebung der Einwanderung bereit, ebenso zur Opferung eines Teiles der Devisenreserven für die Ausweitung der Einfuhr. Mehr und schneller

investieren — das bleibt die große französische Konjunkturlösung, trotz der Inflationsgefahr und trotz zunehmender Staatsausgaben im Zusammenhang mit den Ereignissen in Algerien. Nur eine stark bewegliche Wirtschaft mit optimistischem Zukunftsglauben wäre in der Lage, der verschiedenen lauernden Gefahren Herr zu werden. Frankreich könne sich am wenigsten eine Stagnation leisten. Sie würde unweigerlich zur Inflation führen, während eine dynamisch erhöhte Produktion das gesündeste Gegengewicht zur Inflation darstelle. (fr)

entsprechend langsam abgebaut, und Privatpersonen und kleine Firmen finden es sehr schwer, Geldgeber für gewöhnliche Zwecke (Export und Landwirtschaft genießen eine Vorzugsstellung) zu finden. Währenddessen entwickeln sich die Steuereinnahmen recht zufriedenstellend, obwohl manche Wirtschaftszweige niedrigere Gewinnüberschüsse ausweisen.

Die Konsumgüterproduktion fällt

Die Befriedigung der City über diese Erfolge wird aber von der Industrie nicht geteilt, denn auf der Passivseite dieser Zwischenbilanz der MacMillan'schen Konjunkturpolitik steht ein deutlicher Abfall der Produktion von dauerhaften Konsumgütern einschließlich Kraftwagen. Zwar übersteigt die Zahl der freien Arbeitsplätze trotz einiger Entlassungen noch immer die der registrierten Arbeitslosen, aber es gibt viel Kurzarbeit in der Textil-, Rundfunk- und Kraftfahrzeugindustrie, und die Bauwirtschaft beginnt zu klagen. Bisher scheint sich der Produktionsrückgang auf Wirtschaftszweige zu beschränken, die im Vorjahr eine forcierte Expansion durchmachten und auf alle Fälle mit einer zeitweiligen Marktsättigung rechnen mußten. Aber gerade sie sollten jetzt ihren Export verstärken, und davon ist einstweilen wenig zu merken. Andere Wirtschaftszweige sind noch immer voll beschäftigt, aber ganz allgemein werden Expansionspläne im Lichte der veränderten Konjunkturlage beschnitten, und das ist eine Entwicklung, die, so notwendig sie im Augenblick sein mag, auf lange Sicht die größten Bedenken hervorrufen muß.

Zu niedrige Investitionen?

Die Kapitalinvestitionen für Zwecke erhöhter Produktion und Produktivität sind in Großbritannien bestimmt nicht zu groß, sondern, wenn man statistischen Vergleichen auf nationaler Ebene glauben kann, eher zu klein. Abstriche am Kapitalaufwand der öffentlichen Hand, die auf Druck seitens der Regierung erfolgen, sollten Kapitalien für produktive Anlagen freisetzen, und dem gleichen Ziel dienen die Maßnahmen zur Förderung des Sparens; denn letzten Endes kann die Krisenanfälligkeit der

ENGLAND: Richtig bemessene Korrekturmaßnahmen

London, 13. Juni
Als Mr. MacMillan zu Weihnachten in das Schatzamt einzog, war ihm die Grundlinie seiner Konjunkturpolitik schon von seinem Vorgänger vorgezeichnet. Er folgte dessen Betonung monetärer und fiskalischer Einflußmittel, machte aber von diesen viel entschiedeneren und drastischeren Gebrauch. Den Banken wurde die Fortsetzung des „credit squeeze“ zur Pflicht gemacht, der Diskontsatz wurde im Februar um ein weiteres Prozent auf den seit 1931 unbekanntem Stand von $5\frac{1}{2}\%$ erhöht, das Budget bewußt auf einen erheblichen Überschuß der Einnahmen über die laufenden Ausgaben abgestellt, und dem so lange vernachlässigten Sparer wurden eine ganze Reihe von Konzessionen geboten: höhere Zinssätze für altbewährte Sparmittel, Steuerfreiheit für kleine Postsparguthaben, Steuerermäßigung für den Ankauf von Altersrenten aus Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, und Prämienbonds der in einigen europäischen Ländern bekannten, aber in England bisher verpönten Art, bei der Lotteriegewinne den Platz normaler Verzinsung einnehmen.

Befestigung des Preisniveaus

Erhöhte Zinsen und andere Anreizmittel besagen allerdings wenig, wenn sich der Kaufkraftwert der Währung so schnell vermindert, wie es in England zum Leidwesen fast aller Schichten der Bevölkerung seit Kriegsende der Fall ist. Ein Preis-Lohn-Dividenden-Stop der von einem früheren Schatzkanzler

geprägten Art wurde aber von der Regierung als psychologisch und ökonomisch unmöglich abgelehnt. Statt dessen versucht sie, durch ständige Konsultation von Arbeitgebern und Gewerkschaften die Preis-Lohn-Kurve herabzubiegen. Nachdem in den letzten sechs Monaten die Löhne den Preisen weit vorausgeeilt sind, sollen sie jetzt zum Stillstand gebracht werden, nachdem die Lebenshaltungskosten in diesem Jahr wahrscheinlich nur noch um 2—3 Punkte steigen werden. Wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder zu solcher Zurückhaltung überreden können, wäre der Inflation die Spitze genommen.

Inzwischen beginnt die Konjunkturbremse allmählich zu arbeiten. Die Lebenshaltungskosten sind während des Winters fast gar nicht gestiegen, werden aber nach der saisonbedingten Zunahme der letzten Monate durch Erhöhung der Brennstoffpreise und weiteren Abbau der Lebensmittel- und Mietsubventionen noch anziehen. Die Großhandelspreise dürften kaum noch steigen; die Rohstoffwerte sind im Rückgang begriffen; die Börsenkurse ebenfalls nach einer kurzen Erholung vor dem Budget. Das Pfund Sterling zeigt erfreuliche Stärke. Die Goldreserven steigen langsam — einstweilen noch zu langsam. Die schwebende Staatsschuld, eine der Hauptursachen der Inflation, sinkt und läßt eine größere Schuldfundierung in greifbare Nähe rücken. Die Bankausleihungen an die Privatindustrie werden den Regierungswünschen

britischen Wirtschaft nur durch Wiederherstellung gesunder Proportionen zwischen Kapitalbildung, Investitionen, Konsumaufwand und Außenwirtschaft und durch Rückkehr zu ökonomisch berechtigten Preisen und Löhnen beseitigt werden.

Indessen glaubt man allgemein in England, daß die jetzt operierenden konjunkturellen Korrekturmaßnahmen richtig bemessen sind und der Inflation, wenn auch bedauerlich spät, Einhalt bieten werden, ohne in eine Deflation umzuschlagen. Zumindest ist die akute Gefahr für die Zahlungsbilanz, die seit dem Kriege stets Englands Krisenbarometer war, beseitigt. Aber dieser Erfolg ist durch eine — wenn auch nur temporäre — Unterbrechung des Produktionsanstiegs teuer bezahlt worden. Es ist kaum zu hoffen, daß vor dem Herbst eine positivere Konjunkturpolitik mit dem Ziel einer weiteren Produktionsausweitung durch erhöhte Produktivität möglich sein wird, und selbst diese vorsichtige Prognose bedingt eine stärkere Ausfuhrsteigerung als bisher. (A.)

USA: Die konjunkturpolitische Linie

Washington, 12. Juni

Das Vollbeschäftigungsgesetz von 1945 errichtete eine für die Wirtschaftspolitik der Regierung zuständige Behörde, den sogenannten Council of Economic Advisors, und legte der Zentralregierung die Pflicht auf, für Vollbeschäftigung und die größtmögliche Ausdehnung der wirtschaftlichen Produktivität zu sorgen. Die Problematik dieses Wirtschaftsrates, wie auch des ganzen Gesetzes, war zunächst heiß umstritten; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sich diese Institution bewährte und daß die Übernahme einer solchen Aufgabe durch die Regierung weitgehend zur Gesundheit der Wirtschaftsverhältnisse beitrug. Obwohl ursprünglich ein Kind der Demokratischen Partei, hat das Vollbeschäftigungsgesetz und insbesondere der Wirtschaftsrat nicht nur die ersten Schwierigkeiten des Wechsels von der Truman- zur Eisenhower-Regierung gut überstanden, sondern die Bedeutung des Wirtschaftsrates als

einer die Wirtschaftspolitik bestimmenden Institution hat seitdem eher noch zugenommen.

Das wirtschaftliche Kernproblem der Vorkriegsjahre war die Überwindung der Depression und die Wiederherstellung eines höheren Beschäftigungsgrades. Das Kernproblem der Nachkriegsjahre war die Sicherung der Vollbeschäftigung bei Gleichhaltung des Preisniveaus und, was jetzt im Mittelpunkt der Diskussion steht, die Schaffung von Verhältnissen, die ein möglichst schnelles Anwachsen des Volkseinkommens ermöglichen. Diese Prosperität wurde aber dadurch unterstützt, daß die Regierung sich dafür verantwortlich erklärte, das Entstehen einer neuen Depression zu verhindern.

Eine weitere Grundlage der wirtschaftspolitischen Diskussion ist die Erkenntnis, daß in einer freien Wirtschaft das Spiel des Marktes wohl zu einem produktiven Einsatz der Produktionsfaktoren führt und daß der Markt diese Funktion nor-

Diehl RECHENMASCHINEN

addieren, subtrahieren, multiplizieren, dividieren!

DIEHL G.M.B.H. RECHENMASCHINENFABRIK NÜRNBERG STEPHANSTRASSE 49

malerweise viel besser ausüben kann als zentrale Planung, daß aber doch eine Wirtschaftspolitik seitens des Staates nötig ist, um die Gesamtnachfrage auf der richtigen Höhe zu erhalten, so daß weder Arbeitslosigkeit noch Inflation entstehen können. Die Vermeidung beider Ubelstände ist keine einfache Aufgabe, aber es wird von den führenden Männern der Wirtschaft weitgehend anerkannt, daß die Lösung dieser Aufgabe für das Funktionieren der freien Wirtschaft unerlässlich ist.

Das Mittel der Geldpolitik

Die Rolle der Geldpolitik war wohl das umstrittenste Gebiet der Wirtschaftspolitik während der Nachkriegsjahre. Zur Finanzierung des Krieges war es notwendig gewesen, eine große Staatsschuld aufzunehmen, eine Schuld, die während der Kriegsjahre zu Zinssätzen ausgegeben wurde, die den niedrigen Sätzen der Depressionsjahre entsprachen. Nach dem Ende des Krieges ergab sich die Frage, ob es wünschenswert sei, die Zinssätze heraufzuschrauben und den Wert der Staatspapiere fallen zu lassen, oder ob es nicht vorzuziehen wäre, solch einen Kurssturz zu vermeiden. Die Befürworter der letzteren dieser beiden Möglichkeiten argumentierten, daß mit einem Heraufsetzen der Zinssätze und dem sich ergebenden Druck auf den Wert der Staatspapiere eine gefährliche Situation auf dem Kapitalmarkt geschaffen würde, die einer gesunden Entwicklung der Konjunktur mehr schaden als nützen würde. Die Verfechter einer flexiblen Geldpolitik argumentierten, daß eine Stützung der Wertpapierkurse zu einer übermäßigen Ausdehnung des Geldvolumens führe und damit die klassische Funktion der Zentralbank, wenn nötig den Kredit einzuschränken, unmöglich mache.

Die Stützungspolitik wurde im großen und ganzen bis zur Korea-Krise durchgeführt; es ist aber fraglich, ob und wie weit sie für das Steigen der Preise in den ersten Nachkriegsjahren verantwortlich gemacht werden kann. Mit dem Einsetzen der Korea-Krise wurde die Beweglichkeit der Geldpolitik

wiederhergestellt, und damit wurden auch die Kurse der Wertpapiere gewissen, wenn auch mäßigen, Schwankungen unterworfen. Vor allem während der letzten zwei oder drei Jahre hat sich die Geldpolitik häufig und prompt an veränderte Verhältnisse angepaßt und hat so ihre Priorität als die „first line of defense“ gegen übermäßige Wirtschaftsschwankungen wieder erobert. Bezüglich der im April durchgeführten Diskonterhöhung bestanden in weiten Kreisen der Wirtschaft Bedenken, weil es fraglich erschien, ob eine Überspitzung der Hochkonjunktur vorliege und einschränkende Maßnahmen nötig seien. Dieser Streit ging jedoch um die allgemeine Interpretation der Wirtschaftslage und nicht um die Notwendigkeit einer gewissen Krediteinschränkung im Falle einer Überspitzung der Hochkonjunktur.

Das Mittel der Finanzpolitik

Die Rolle der Finanzpolitik war es, einerseits durch hohe Staatsausgaben zur Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur beizutragen, und andererseits durch Beibehaltung hoher Steuersätze gegen inflatorische Entwicklungen zu schützen. In den ersten Nachkriegsjahren wurde das große Budget der Kriegsjahre schnell abgebaut und das Vorkriegsverhältnis der Staatsausgaben zum Volkseinkommen annähernd wiederhergestellt. Die Herabsetzung der Steuersätze aber war geringer, so daß beachtliche Kassenüberschüsse im Staatshaushalt zustande kamen und die Inflation bremsen. Die dann wieder notwendig werdende Aufrüstung veränderte die finanzpolitische Situation drastisch. Obwohl die Höhe der Staatsausgaben im Verhältnis zum Volkseinkommen während des Koreakrieges weit hinter der im Weltkrieg erreichten Höhe zurückblieb, so reichten die Steuersätze nahe an das Niveau der Kriegsjahre heran, mit dem Resultat, daß ein weitaus größerer Teil der erneuten Rüstungsausgaben durch Steuern finanziert wurde, als es im Weltkrieg der Fall gewesen war. Diese mutige Steuerpolitik fand allgemeine Zustimmung und wurde als notwendig anerkannt, um sonst eintretende inflatorische

Gefahren zu vermeiden. Seit der Beendigung des Koreakrieges, insbesondere im Jahre 1954, haben Steuersenkungen stattgefunden, aber doch nur in verhältnismäßig engen Grenzen. Sowohl Präsident Truman als auch Präsident Eisenhower waren sich der Tatsache bewußt — und fanden im Kongreß weitgehende Zustimmung in der Ansicht —, daß eine Steuersenkung in der Hochkonjunktur inflatorisch wirken würde.

Natürlich findet man in den Vereinigten Staaten, wie ja auch in anderen Ländern, Stimmen, die sich für Steuerherabsetzung ohne Hinweis auf konjunkturpolitische Folgen einsetzen. Aber bei den verantwortlichen Stellen sowohl der Regierung als auch der Opposition werden solche Forderungen doch von der Möglichkeit der Herabsetzung der Staatsausgaben (die ja die entgegengesetzten konjunkturpolitischen Wirkungen haben) abhängig gemacht, und diese Möglichkeit hängt ganz davon ab, wie weit die internationale Lage einen Abbau der Wehrausgaben zuläßt. Vorerst besteht jedoch wenig Aussicht auf Erfüllung dieser Hoffnung. Man muß also auf weitere Sicht hin noch mit einem großen Staatshaushalt und bei Fortdauer der guten Konjunktur auch mit weiterhin hohen Steuersätzen rechnen. So dreht sich denn auch die gegenwärtige Steuerdiskussion mehr um Fragen struktureller Steueränderungen als um eine weitgehende Steuersenkung. Andererseits ist es klar, daß ein entschiedenes Abflauen der Konjunktur schnell zu einer Senkung der Steuersätze führen würde. Die jetzt noch vielbetonte Notwendigkeit, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, würde dann schnell einer anderen Betrachtungsweise weichen.

Der wirtschaftspolitische Erfolg

Wenn man sich nun die Frage stellt, wie weitgehend die Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten die zwei Hauptforderungen der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität erfüllt hat, so darf man wohl für die letzten fünf Jahre eine recht gute Zensur erteilen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg während dieser Jahre nie über 5 Pro-

zent des Arbeitspotentials, und die Lebenshaltungskosten sind seit dem Ende des Koreakrieges fast unverändert geblieben. Obwohl dies zum Teil das Resultat fallender Agrarpreise und steigender Industriepreise war, kann doch von einer allgemeinen Stabilität des Preisniveaus gesprochen werden. Bis jetzt haben sich also die Befürchtungen derer, die die Möglichkeit einer Ko-existenz von Vollbeschäftigung und Preisstabilität verneinten, nicht bewahrheitet. Was die Zukunft bringen wird, kann niemand sagen. Die gegenwärtigen Rückgänge in der Automobilindustrie und im Wohnungsbau geben zu Besorgnis Anlaß. Andere Faktoren, insbesondere das Investitionsvolumen in Betriebsanlagen und -ausrüstungen, sind nach wie vor ungeheuerlich hoch. Hohe Verbrauchsausgaben und Staatsaufträge geben weiterhin zu Optimismus Anlaß. Hinter diesen Spekulationen steht die Bereitschaft des Staates und die politische Forderung der Wähler, einzuschreiten, falls ein stärkerer Beschäftigungsrückgang drohen sollte. (R.A.M.)

Der Mensch ist Subjekt und Objekt der Wirtschaft: Es gibt kein Wirtschaften ohne menschliches Handeln, und es gibt kein wirtschaftliches Handeln, das nicht auf den Menschen gerichtet ist. Da „Wirtschaften an sich“, d. h. eine Wirtschaft ohne Bezug auf den Menschen, unvorstellbar ist, kann es auch keine Autonomie des Wirtschaftens geben. Es ist Aufgabe der naturwissenschaftlichen Forschung und Technik, Stoff und Kraft der Natur zu erschließen und umzuformen, Aufgabe der Technik, sie für die Versorgung der Menschheit bereitzustellen und einzuteilen. Wo technische Fortschritte das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichgewicht stören, hat das Wirtschaften versagt.

Ebensowenig wie die Maschinenstürmer werden die Automatenstürmer von Coventry die Entwicklung der Technik aufhalten oder zurückdrehen. Es wäre aber falsch, diese spontanen Ausbrüche als reaktionäre Grotesken abzutun. Diese Menschen kämpfen um ihre Existenz und um ihre soziale Stellung. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen den technischen Fortschritt — wie es den Anschein haben mag —, sondern im eigentlichen gegen das Versagen des Wirtschaftens. Es ist Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik, dieses Dilemma zu lösen.

Die Vollbeschäftigung, der Drang nach höherem Lebensstandard, die volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zwingen in den hochindustrialisierten Ländern zur Produktionsausweitung mit völlig neuen Methoden. Die Mittel hierfür bietet der technische Fortschritt. Der rasante technische Fortschritt während der letzten Generation ist dadurch ermöglicht worden, daß die naturwissenschaftliche Forschung mit den klassischen Vorstellungen der Quantitätstheorie gebrochen und die Grenze zwischen Energie und Materie beseitigt hat. Damit stehen wir aber nicht nur — wie wir es gewohnt sind — vor einer quantitativ-gradueller Intensivierung der technischen Entwicklung, sondern vor qualitativ-strukturellen Problemen. Wenn es dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker nicht gelingt, diese Probleme im dynamischen Gleichgewicht der Wirtschaft zu lösen, drohen Katastrophen, die den gesellschaftlichen Bestand nachhaltiger erschüttern können als alle bolschewistischen Infiltrationsversuche. Die menschliche Arbeit überhaupt und die Vollbeschäftigung insbesondere sind heute weniger eine wirtschaftliche Notwendigkeit als Faktoren der Gesellschaftsordnung. (sk)

Prof. Richard A. Musgrave, University of Michigan (USA)

Steuerpolitik und Konjunktur

Wir haben den als Finanzwissenschaftler international bekannten Autor gebeten, im Rahmen unserer konjunkturpolitischen Debatte zum Problem „Steuerpolitik und Konjunktur“ Stellung zu nehmen. Der Autor behandelt das Thema aus der Atmosphäre amerikanischen Wirtschaftsdenkens und kommt aus theoretischer Überlegung zu Schlüssen, die vom Tenor unserer konjunkturpolitischen Argumentation erheblich abweichen. Wir freuen uns, diesen Beitrag veröffentlichen zu können, weil er unsere Auseinandersetzung über die Vielschichtigkeit der konjunkturpolitischen Maßnahmen bereichern wird.

Die gegenwärtige Diskussion zur Konjunkturpolitik steht weitgehend unter der Parole „Zinsen rauf und Steuern runter“. Nun ist die Heraufsetzung des Zinses oder auch die Senkung der Zölle eine allgemein anerkannte Maßnahme zur Dämpfung der Hochkonjunktur, jedoch nicht die Herabsetzung der Steuern. Diese wird in der ökonomischen Literatur gewöhnlich nicht als ein Mittel zur Bekämpfung einer Überspitzung der Hochkonjunktur, sondern als ein Mittel zur Bekämpfung der Depression angesehen. Werden die Steuern gesenkt, so verbleibt der Privatwirtschaft ein größeres verfügbares Einkommen; dies aber wird zu einer Nachfragesteigerung führen, also expansiv wirken. Dieser elementaren Regel zur Folge müßte man dann, angesichts der gegenwärtigen Hochkonjunktur, die Steuern eher erhöhen als senken. Wie ist es dann zu verstehen, daß fast alle Beiträge zur gegenwärtigen Diskussion über die Konjunkturpolitik sich dennoch für eine Steuersenkung aussprechen?

Steuersenkung und Staatsausgaben

Wohl das wichtigste Argument ist, daß eine Herabsetzung der Steuersätze und die sich daraus ergebende Senkung des Steueraufkommens zu einer Verringerung der Staatsausgaben führen würde und daß diese Einschränkung der Staatsausgaben dann die Nachfrage senkt. Diese Folgerung ist richtig, falls die Voraussetzung zutrifft, daß sich bei verringerten Steuereinnahmen die Staatsausgaben auch verringern. Weiter muß man jedoch in Betracht ziehen, daß sich im Falle einer Senkung der Steuersätze die Staatsausgaben aus einem gegebenen Bruttoeinkommen erhöhen werden, und dies bewirkt nunmehr eine Ausdehnung der Nachfrage. Ob eine Steuersenkung letztlich nachfrageschmälernd oder nachfragesteigernd wirkt, hängt davon ab, ob die Senkung der öffentlichen Ausgaben stärker bzw. weniger stark ist als die hervorgerufene Erhöhung der Privatausgaben. In der ökonomischen Diskussion hat man gewöhnlich angenommen, daß die Höhe der Staatsausgaben von